



HESSISCHER LANDTAG

07. 10. 2014

Plenum

Antrag

der Abg. Lotz, Gremmels, Löber, Müller (Schwalmstadt), Schmitt, Siebel, Warnecke (SPD) und Fraktion

betreffend keine Forstreform zulasten der Beschäftigten und der forstlichen Qualität

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag lehnt den in großem Umfang geplanten Abbau qualifizierten Personals bei Hessen-Forst und die Zusammenlegung bzw. Reduzierung der Forstreviere ab. Er lehnt außerdem eine zusätzliche Vergabe von Arbeiten an Externe ab.
2. Der Landtag ist der Ansicht, dass eine Qualitätssteigerung der Forstwirtschaft in Hessen nicht erreicht werden kann, indem das Personal, das eben diese Qualität sicherstellt, zahlenmäßig massiv reduziert und mit zusätzlichen Aufgaben überfrachtet wird.
3. Der Landtag stellt fest, dass die geplanten Umgestaltungsmaßnahmen weder nachhaltig wirken können noch den sozialen Ansprüchen genügen, die der Landtag an eine solche Maßnahme stellt, weil der Landesbetrieb Hessen-Forst damit auf den rein betriebswirtschaftlichen Zweck reduziert wird und als zukunftsgerichteter Ausbildungsbetrieb ausfällt. Die Landesregierung nimmt sich damit die Chance, Hessen-Forst zu einem forstwirtschaftlich und personalwirtschaftlich vorbildlichen Instrument weiterzuentwickeln.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, von ihrem gegenwärtigen Vorhaben des Arbeitsplatzabbaus und der Qualitätsverschlechterung Abstand zu nehmen und ein neues Konzept vorzulegen, das den Erfordernissen einer modernen, zukunftsgerichteten Waldwirtschaft gerecht wird. Dazu gehört unter anderem ein belastbares Ausbildungskonzept, um auch künftig hoch qualifiziertes Personal zu gewinnen und vorhalten zu können.

Begründung:

Die Landesregierung plant im Rahmen ihrer sogenannten Forstreform den Umbau der hessischen Forstverwaltung, verbunden mit dem Abbau einer großen Zahl von Revieren durch Zusammenlegung und Reduzierung der Beschäftigtenzahl um mehr als 300 Stellen. Weiterhin ist zu befürchten, dass zunehmend bisher von Landespersonal durchgeführte Arbeiten an externe Unternehmen vergeben werden sollen. Auf Fragen der SPD-Fraktion im Umweltausschuss bestätigte Ministerin Hinz, dass bis zum Jahre 2025 über 300 Stellen abgebaut und bis zu 80 Revierleiterstellen nicht mehr neu besetzt werden sollen. Dadurch und durch die Zusammenlegung von Forstrevieren zu wenigen großen Einheiten wird deren nachhaltige Bewirtschaftung erheblich erschwert. Naturschutz und Waldpädagogik werden darunter leiden, die Arbeitsbelastung des verbleibenden Personals wird massiv gesteigert mit der Folge, dass nicht alle Aufgaben mehr in notwendigem Umfang und Qualität erfüllt werden können. Es ist zu erwarten, dass aus Personal- und Zeitmangel große Forstbereiche gar nicht mehr kontrolliert bzw. bearbeitet werden können. Während einerseits ein Öko-Siegel für den hessischen Wald eingeführt wird, mindert die Landesregierung die Leistungsfähigkeit der Forstverwaltung, die diese zur Qualitätserhaltung oder gar -steigerung der Forstwirtschaft notwendigerweise benötigt.

Wiesbaden, 7. Oktober 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

**Lotz
Gremmels
Löber
Müller (Schwalmstadt)
Schmitt
Siebel
Warnecke**